Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Seite ist Berlin.

Berlin, den 3. Oktober 1931

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Ein böses Kapitel.

Die Pläne der Reichsregierung zur Hauszinssteuersenkung.

SPD. Die Vorschläge, die von den verschiedensten Seiten zur Senkung der Hauszinssteuer gemacht worden sind, haben nachgerade eine heillose Verwirrung angerichtet. Man muss jetzt die Besorgnis hegen, dass bei dem Streit um die Verteilung der Beute der Hausbesitz als einziger Gewinner ausgeht. Es tut darum not, noch einmal in letzter Stunde Oeffentlichkeit und verantwortliche Regierungsstellen darauf hinzuweisen, was bei der Senkung der Hauszinssteuer auf dem Spiele steht.

Man muss sich wundern, dass in einem Augenblick, in dem alles darauf ankommt, die Ruhe und Ordnung durch Unterstützung der Erwerbslosen aufrechtzuerhalten, überhaupt eine Diskussion über die Senkung der Hauszinssteuer möglich ist. Wenn jetzt schon die vorhandenen Mittel für die Arbeitslosenhilfe nicht ausreichen und den Erwerbslosen immer stärkere Beschränkungen auferlegt werden, so erscheint es unverantwortlich, im gleichen Zeitpunkt bei der Hauszinssteuer auf wichtigste öffentliche Einnahmen zu verzichten. Wir können uns gegenwärtig ein sinnloses Hinauswerfen öffentlicher Gelder wirklich nicht leiste Nachdem bereits die Notverordnung vom Juni 1931 den Hausbesitzern für den erhöten Aufwertungszinssatz gewisse individuelle Erleichterungen bei der Hauszinssteuer zugesichert hatte, besteht heute nicht der geringste Grund, die Hausbesitzer noch einmal durch eine schematische Senkung der Hauszinssteuer zu befriedigen. Den Hausbesitzern ist bei der Wahrnehmung ihres Interessenstandpunktes die taktische Position wesentlich erleichtert worden, weil auch andere Kreise mit dem stillen oder lauten Wunsch, die Hauszinssteuersenkung im Wege der Mietkürzung den Mietern nutzbar zu machen, in den Ruf nach der Hauszinssteuerreform mit einstimmen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass eine solche Propaganda im gegenwärtigen Augenblick nur die Geschäfte des Hausbesitzes stützt. Auf die gleiche Erkenntnis ist die sozialdemokratische Entschliessung im Wohnungsausschuss des Reichstags zurückzuführen, die wohl bedacht eine individuelle Regelung und eine weitgehende Beibehaltung der bisherigen Hauszinssteuermittel, insbesondere soweit der Wohnbauanteil infrage kommt, fordert.

Leider sind die Entschliessungen der Reichsregierung für eine schematische Senkung der Hauszinssteuer soweit gediehen, dass es sich nur noch um die Höhe des zur Anwendung kommenden Prozentsatzes handelt. Dabei besteht allerdings noch die grosse Gefahr, dass man in der Bemessung der Senkung viel zu weit geht und dem Hausbesitz unverdiente Geschenke in den Schoss wirft. Von den Interessentenkreisen wird gegenüber der Reichsregierung der Nachweis versucht, dass erst mit einer 25%igen Senkung der Hauszinssteuer die Mehrbelastung des Hausbesitzes für den erhöhten Aufwertungszinsfuss ausgeglichen wäre. Dass dem nicht so ist, vielmehr die Lasten des Hausbesitzes für die erhöhte Verzinsung der Aufwertungshypotheken in Höhe von rd. 250 Mill. RM durch eine weit geringere Senkung der Hauszinssteuer abgeglichen werden können, zeigt folgende Rechnung :

Das Sollaufkommen der Hauszinssteuer im Reich beträgt mindestens 1800

1800 Mill.RM. Die Freistellung der benötigten 250 Mill.RM ist also schon mit einer Senkung der Hauszinssteuer um höchstens 15 vH möglich. Wenn schon zu der Notverordnung vom Juni 1931 eine ergänzende Regelung bei der Hauszinssteuer getroffen werden soll, so muss sie auf jeden Fall im Interesse der Gesamtheit in diesen Grenzen gehalten werden.

Es ist der Öffentlichkeit leider viel zu wenig bekannt, dass jede Senkung der Hauszinssteuer statt einer Mietentlastung eine Mehrbelastung für die minderbemittelten Bevölkerungskreise mit sich bringen muss. Alle jene bedürftigen Personen, die heute dank der Niederschlagung der Hauszinssteuer in dem Genuss einer ermässigten Miete stehen, werden bei einer Senkung der Hauszinssteuer in ihrem Genusse geschmälert, denn mit der Ermässigung der Hauszinssteuer verringert sich auch der Betrag für den ihnen der Staat vermittels der Steuerniederschlagung eine Mieterleichterung verschaffen kann. So grotesk es auch klingen mag, tatsächlich setzt sich für die minderbemittelte Bevölkerung die Hauszinssteuersenkung im gleichen Umfang in eine höhere Mietzahlung an den Hausbesitzer um. Soweit diese Kreise die Mieterhöhung nicht tragen können, werden wiederum die Gemeinden Hilfe leisten müssen, die dann zu ihrem Steuerausfall bei der Hauszinssteuer noch à conto der Bevorteilung des Hausbesitzes erhöhte Fürsorgelasten zu tragen haben.

SPD. In dem Gesetz über Zolländerungen vom 28.März 1931 war der Reichsregierung die Verpflichtung auferlegt worden, "mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einer Erhöhung des Brotpreises über den vom Statistischen Reichsamt ermittelten durchschnittlichen Brotpreis der letzten 6 Monate vor Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzubeugen". Dieser Höchstpreis für Brot ist in den letzten Monaten ständig überschritten worden. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug der Brotpreis (Oktober 1930 bis März 1931 = 100) des gesetzlichen Höchstpreises im

April	99,6
Mai	102,4
Juni	103,o
Juli	102,9
August	101,8

Die Ueberschreitung des Höchstpreises im Mai ist damit entschuldigt worden, dass die von der Reichsregierung eingeleitete Massnahme zur Senkung des Brotpreises sich noch nicht genügend ausgewirkt hätte. Inzwischen ist jedoch die erforderliche Senkung des Brotpreises auch weiter nicht eingetreten, sodass an der Unwirksamkeit der bisher von der Regierung ergriffenen Massnahme keinerlei Zweifel mehr bestehen kann. Dieser Tatbestand ist um so schwerwiegender, als wir uns jetzt am Anfang eines neuen Erntejahres befinden und mit dem Fortschreiten des Jahres eine saisonmässige Steigerung des Roggenpreises und des Brotpreises erwartet werden muss, wenn die Regierung dem nicht sofort mit wirksamen Mitteln begegnet. Aus Leipzig kommt bereits die Nachricht, dass der Brotpreis von 34 auf 36 Pfennig je Kilogramm von den Bäckern erhöht worden ist und dass auch der dortige Konsumverein auf Grund der Preisentwicklung des Roggens und des Mehles gezwungen sein wird, dieser Preiserhöhung zu folgen, wenn nicht schleunigst eine Verbilligung des Roggens herbeigeführt wird. Ähnliche Alarmnachrichten kommen aus anderen Städten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an den Reichskanzler auf diese Tatsachen hingewiesen. Es heisst in dem Schreiben: "Es kann keine Rede davon sein, dass die Reichsregierung "mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln" eine Brotverteuerung nicht verhindern könnte. Die Brotpreisklausel ist im Zollgesetz ausdrücklich bei der Tarifnummer "Roggen" eingefügt worden, wobei die Reichsregierung ermächtigt wird, den Roggenzoll der Wirtschaftslage und der Brotpreisklausel entspre-

chend festzusetzen. Angesichts des niedrigen Standes der Weltmarktpreise ist die Reichsregierung jederzeit in der Lage, durch eine entsprechende Bemessung des Zollsatzes für Roggen den Roggenpreis und den Brotpreis in Deutschland so zu regulieren, wie es den Vorschriften des Zollgesetzes entspricht."

Die Sozialdemokratie erwartet von der Reichsregierung, dass sie unverzüglich die erforderlichen Massnahmen ergreift, um die Ueberteuerung des Brotes zu beseitigen, die sowohl im Widerspruch zum Zollgesetz wie zu den von der Reichsregierung und dem Reichskanzler bei der Beratung des Zollgesetzes abgegebenen feierlichen Erklärungen steht.

SPD. In der sozialdemokratischen Breslauer Volkswacht beschäftigt sich deren leitender Redakteur Albert Kranold in einem längeren Artikel mit der "Tragödie der Opposition", dem wir folgende bemerkenswerte Stellen entnehmen :

"In Wahrheit bedeuten die augenblicklich im Gange befindlichen Absplitterungen ja gar nicht, dass die inneren Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Mehrheit der Partei die Partei sprengen, sondern sie bedeuten, dass ein kleiner Teil der Opposition sich so verrannt hat, dass er eines Tages ausserhalb der Partei stehen musste. Was sich jetzt abspielt, ist nicht eine Tragödie der SPD, sondern lediglich die Tragödie und der Zusammenbruch einer Clique, die im ganzen bedeutungslos ist, auch wenn sie an einzelnen Orten vielleicht etwas mehr Zulauf haben mag. Eine ganz bestimmte Teilgruppe der Opposition, die Gruppe Rosenfeld, Seydewitz, Eckstein, Ziegler hat sich aus der Partei herausmanövriert. Worin liegen die tieferen Ursachen dieser Tragödie? Sie liegen darin, dass es sich bei den führenden Politikern dieser Gruppe um ausgesprochene Individualisten handelt, so sehr sie sich auch für Marxisten halten mögen, und zudem reine Agitatoren und daher blosse Verneiner. Und diese Politiker mussten sich der Natur der Sache nach mit einem Teil der Gruppen innerhalb des sozialistisch organisierten Proletariats finden, denen es in dieser furchtbaren Wirtschaftskrise am schlechtesten geht, die daher von ihr am stärksten seelisch zermürbt sind, und die deshalb die innere Kraft nicht mehr besitzen, um eine Politik auf lange Sicht zu betreiben, die eine hinhaltende Taktik, wie sie ein immerhin geschwächter und von immer zahlreicher werdenden und immer stärker anstürmenden Feinden umtobter Heerhaufen allein treiben kann, will er nicht aufgerieben werden, seelisch einfach nicht mehr aushalten. Was bei den fraglichen Massen gut zu verstehen ist, was aber die Führer, die sich dieser Kräfte bemächtigen und sie aus dem grossen einheitlichen Kräftestrom herausreissen und isolieren, durchaus nicht entschuldigt. Diese Führer und diese Anhänger haben nicht die innere Kraft, zu erkennen - und gemäss dieser Erkenntnis zu handeln -, dass der Aufbau einer neuen Gesellschaft, die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische notwendig nur ein Werk mehrerer Generationen sein kann..... Die kleine Gruppe um Rosenfeld und Seydewitz wollte die grosse Partei auf jeden Fall zwingen so zu handeln, wie sie es wünschte, und da sich die grosse Partei nun einmal nicht zwingen liess, löste man sich zunächst innerlich von der Partei und bereitete dann auch bald die äussere Ablösung vor....."

* * *

Der Mannheimer Stadtpfarrer Eckert ist "wegen Zellenbildung und groben Vertrauensbruchs" aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Eckert bekennt sich zur Gruppe Rosenfeld-Seydewitz. Dieser Tage hat er ferner seine Beteiligung an einer Russland-Delegation der KPD zugesagt.

Am Dienstag wird der Vorstand der Landesgruppe Baden der religiösen Sozialisten zu dem Verhalten Eckerts Stellung nehmen.

SPD. Frankfurt/M., 3.Oktober (Eig.Dr.)

Das Frankfurter Schöffengericht verurteilte den früheren verantwortlichen Redakteur der kommunistischen "Arbeiterzeitung" Richard Kettner wegen versuchter Erpressung zu acht Monaten Gefängnis.

Kettner hatte vor einigen Wochen von der Gattin eines Frankfurter Fabrikanten in zwei anonymen Briefen die Ueberweisung von 500 Mark an eine Postchiffre gefordert mit der Drohung, dass er bei Nichtzahlung ihren Gatten über "Dinge unterrichten werde, die ihr bestimmt nicht angenehm sein würden". Die Frau liess sich jedoch nicht einschüchtern und übergab die Briefe der Kriminalpolizei. Kettner wurde verhaftet, als er unter der von ihm genannten Chiffre Post abholen wollte. Das Gericht erachtete Kettner als überführt.

Der verantwortliche Redakteur der kommunistischen "Arbeiterzeitung", der sich in Wort und Schrift über die muffige bürgerliche Moral erhebt, ist also dabei ertappt worden, wie er diese bürgerliche Moral zu einem schmutzigen Geschäft ausbeuten wollte.

SPD. Braunschweig, 3.Oktober (Eig.Dr.)

Der Reichsminister des Innern Dr. Wirth hat der Beschwerde des Reichsbanners über das skandalöse Verhalten des Naziminister Klagges, der alle Aufmärsche der republikanischen Verbände verbietet, dagegen die Naziaufmärsche erlaubt, entsprochen. Er hat von der braunschweigischen Regierung eine Rechtfertigung ihrer einseitigen Verbotspraxis gefordert.

SPD. Die sogenannte "nationale Opposition" steht im Begriff, gegen das Kabinett Brüning anlässlich des bevorstehenden Zusammentritts des Reichstags eine grosse Kampagne vorzubereiten. Sie hält den Augenblick zum Sturz der Regierung nicht nur für gekommen, sondern für gegeben. Nicht aus eigener Kraft, sondern mit direkter oder indirekter Beteiligung eines Teiles der Splitter, auf die sich das Kabinett bis jetzt noch stützt.

Der "Fall Curtius" wird bis zum Zusammentritt des Reichstags insofern eine Klärung erfahren, als der gegenwärtige Reichsaussenminister in den nächsten Tagen zurücktreten wird. Er geht in erster Linie als Opfer seiner eigenen Partei, die seit Monaten immer wieder seinen Rücktritt gefordert hat und ihn mit erzwingen würde, wenn Curtius bezw. das Reichskabinett aus der parlamentarischen Lage nicht von sich aus die Konsequenzen ziehen würden. Zwar dürfte die Volkspartei nicht für ein Misstrauensvotum gegen Curtius stimmen, aber sie würde sich in der Absicht der Stimme enthalten, die anderen Gruppen zu einem ähnlichen Vorgehen zu veranlassen, um Curtius auf diese Weise in die Minderheit zu versetzen. Da Curtius es nicht soweit kommen lassen wird, ist die Möglichkeit, das Kabinett über ihm zu stürzen, ausgeschaltet. Das Ziel der Volkspartei aber bleibt nicht nur ihren eigenen Aussenminister, sondern das Gesamtkabinett, wenn auch ohne besondere äussere Aktivität, mit zu Fall zu bringen zu helfen. Mit dem Abgang von Curtius sind die Absichten und Pläne des Herrn Dingeldey längst nicht erfüllt. Er strebt höheren Ehren und einem höheren Amte zu. Er wünscht Reichskanzler zu werden und als solcher einer Rechtsregierung mit Nationalsozialisten, Deutschnationalen und den übrigen Splittern vorzustehen, die vom Zentrum toleriert wird. Diese Absicht hat Herrn Dingeldey in letzter Zeit bereits zweimal zu Herrn Hitler geführt. Das erste Mal trafen sich beide in Nürnberg, das zweite Mal in einem süddeutschen Kurort. Auch mit Hugenberg hat Dingeldey in letzter Zeit wiederholt verhandelt. Was bei diesen Besprechungen im einzelnen herausgekommen ist, wissen wir nicht. Aber sie wurden von Dingeldey unter dem Gesichtspunkt geführt, dass ein deutschnationaler oder gar

nationalsozialistischer Reichskanzler aus aussenpolitischen Gründen zur Zeit nicht zu ertragen ist. Also wünscht er das Amt des Reichskanzlers für sich unter der Zusicherung, dass Nazis und Deutschnationalen die Macht im Inneren restlos ausgeliefert werden soll.

Und die Methode um dieses Ziel zu erreichen? Dingeldeys Absicht geht bisher zweifellos dahin, seine Fraktion auch bei der Abstimmung über ein Misstrauensvotum gegen das Gesamtkabinett zur Stimmenthaltung zu veranlassen. Es sei denn, dass bis zur Abstimmung zwischen Reichskanzler und Volkspartei noch ein Kompromiss geschlossen wird, das den Ehrgeiz des Herrn Dingeldey befriedigt. Dass ihm offiziell bereits das Amt des Vizekanzlers und Reichsjustizministers angeboten wurde, ist bisher nicht bestritten worden. Aber das hat Herrn Dingeldey nicht genügt. Er wünscht ein hochpolitisches Amt. Darum die Meldung der Hugenberg-Presse, dass er dieser Tage einmal Reichsinnenminister zu werden wünschte.

Auf diese Vorgänge hinter den Kulissen, auf die wir in den nächsten Tagen noch näher eingehen werden, stützt sich die Hoffnung der "nationalen Opposition", die wieder einmal kurz vor der Uebernahme der Macht zu sein glaubt. Aus eigener Kraft ist die dazu nicht in der Lage. Sie hofft auf die Volkspartei, die Deutschland seit dem Tode Stresemanns von einer Krise in die andere gestürzt hat, und deshalb für die gegenwärtigen katastrophalen Verhältnisse einen grossen Teil der Verantwortung trägt. Dennoch scheint ihr Bedarf an Krisen immer noch nicht gedeckt zu sein!

\+ + +

Der Vorstand der Nazi-Fraktion des Reichstags hat am Sonnabend beschlossen von dem beabsichtigten Misstrauensantrag gegen den Reichsaussenminister abzusehen, weil Curtius offenbar nach Richtlinien gehandelt habe, für die der Reichskanzler selbst die Verantwortung trage. Aus diesem Grunde werde die Nazi-Fraktion nur einen Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett einbringen, aber für den kommunistischen Misstrauensantrag gegen Curtius stimmen, wenn der Antrag gegen das Gesamtkabinett abgelehnt werden sollte.

Der Vorstand der Nazi-Fraktion beschäftigte sich weiter mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der nationalen Rechten, einem Plan, der nunmehr seiner Verwirklichung nahe zu sein scheint. Dieser Arbeitsgemeinschaft sollen nicht nur die parlamentarischen Vertretungen der Rechten, also die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die drei aus der Landvolk-Fraktion ausgeschiedenen Reichstagsabgeordneten angehören, sondern auch eine Anzahl ausserhalb des Parlaments stehender nationaler Verbände. Noch vor dem Zusammentritt des Reichstags wird voraussichtlich eine gemeinsame Besprechung über die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft stattfinden.

SPD. Rom, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Ueber die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die Geissel der Arbeitslosigkeit und die Abrüstung, hat der Papst am Sonnabend eine Enzyklika veröffentlicht. Darin heisst es :

Die Kinder und die armen Proletarier würden von der Krise am härtesten betroffen. Arbeitswillige Menschen fänden nicht mehr ihr tägliches Brot, das sie sich gern im Schweisse ihres Angesichts verdienen wollten. Deshalb rufe der Papst zu einem Kreuzzug der Liebe und Mildtätigkeit auf. Alle Bischöfe werden angewiesen, ihre Kirchenbezirke zu Sammelstellen der Hilfstätigkeit zu machen. Die heilige Pflicht aller sei es, zu helfen.

Als Ursachen der Finanzkrise bezeichnet der Papst die Rivalität der Völker und den Rüstungswahnsinn. Alle Priester werden aufgefordert, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Predigt und der Presse über diesen Rüstungswahnsinn ihre Gemeinden aufzuklären und dagegen anzukämpfen, gemäss der Vernunft und den christlichen Sittengesetzen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die Effektenbörsen seit einiger Zeit wieder geschlossen sind, hat sich in gleicher Weise wie im Juli d.J. im Interesse der Bekämpfung der schwarzen Börsen als notwendig erwiesen, die Veröffentlichung und zirkularmässige Bekanntgabe der Kurse sowie von Preisangaben beim Angebot und bei der Nachfrage von Wertpapieren zu verbieten. Ein solches Verbot ist im Wege der Notverordnung am Sonnabend ausgesprochen worden. Die Notverordnung entspricht im allgemeinen den inzwischen wieder aufgehobenen Verordnungen vom 15. und 16.Juli 1931. Das Verbot der Veröffentlichung von Kursen ausländischer Zahlungsmittel brauchte in dieser Verordnung nicht ausgesprochen zu werden, da es in § 13 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung vom 1.August 1931 enthalten ist.

SPD. Hamburg, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der hamburgische Senat hat am Sonnabend einstimmig beschlossen sofort zurückzutreten. Aufgrund der hamburgischen Verfassung wird der Senat die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Senates weiterführen.

Die Aufgabe, einen neuen Senat zu bilden, ist der neuen Bürgerschaft gestellt, die in der ersten Novemberwoche zusammentritt. Die Aufgabe dürfte unlösbar sein, da die neue Bürgerschaft nicht über eine Mehrheit verfügt, die für eine Koalitionsbildung in Frage kommt. Es ist danach zweifelsfrei, dass Hamburg für absehbare Zeit von dem bisherigen, jetzt geschäftsführenden Senat regiert wird.

Mit der Rücktrittserklärung hat der Senat das Ergebnis der sicherlich zu erwartenden Annahme eines Misstrauensvotums durch die oppositionelle Mehrheit der neuen Bürgerschaft vorweggenommen. Daneben sichert der Rücktritt des Senates die geschlossene Fortführung der Geschäfte insofern als der Austritt eines einzelnen Senators nunmehr an die Genehmigung des Gesamtsenats gebunden ist.

SPD. Wien, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Das Spargesetz der Regierung wurde am Sonnabend-Nachmittag vom Nationalrat angenommen.

Dr. Bauer (Soz) protestierte in der Debatte gegen den Versuch des ausländischen Kapitals, seine Macht als Geldgeber auszunützen, um die Lebenshaltung der Arbeitnehmer in allen Ländern planmässig herabzudrücken. Es sei den Sozialdemokraten gelungen, diesen Anschlag abzuwehren. Wenn auch die Bezüge der Beamten herabgesetzt werden müssten, so sei doch der Anschlag auf die Kollektivverträge, auf die Eisenbahnen, auf die Selbstverwaltung der Gemeinden und auf die Gemeindeangestellte vereitelt worden, vor allem aber der Anschlag auf die Arbeitslosen.

Der Nationalrat beschloss ferner gemäss der von der Sozialdemokratie erreichten Zusage, die Krisenfürsorge, die Ende des Jahres ablaufen sollte, bis Ende Oktober 1932 zu verlängern. Zu ihrer Sicherung wurden 12 Millionen Schilling bewilligt, zugunsten der ausgesteuerten Erwerbslosen drei Millionen Schilling.

SPD. Das Reichskabinett nahm am Sonnabend-Abend in einer mehrstündigen Sitzung die erste Lesung der insgesamt 30 Punkte umfassenden neuen Notverordnung vor. Am Montag soll eine Art zweiter Lesung folgen. Am Dienstag-Nachmittag wird der Reichskanzler den Inhalt der neuen Verordnung in einer öffentlichen Reichsrats-Sitzung, zu der die Ministerpräsidenten der Länder geladen sind, bekannt geben. Die Veröffentlichung der Verordnung wird deshalb am Mittwoch erfolgen.

SPD. Paris, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Führer der spanischen Carlisten Prinz Jaime von Bourbon ist in seiner Pariser Wohnung im Alter von 61 Jahren einem Herzschlag erlegen. Erst vor wenigen Tagen hatte sich der Prinz mit seinem Vetter, dem Exkönig Alfons in Fontainebleau ausgesöhnt, ohne aber auf seine Rechte auf die spanische Krone zu verzichten. Prinz Jaimes nahm als russischer Husarenoberst am russisch-japanischen Krieg teil.

SPD. Rotterdam, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend wurde hier ein von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem niederländischen Gewerkschaftsbund veranstalteter Krisenkongress abgehalten, dem 1500 Delegierte aus dem ganzen Lande beiwohnten.

Der Vorsitzende Oudegeest erklärte in seiner Eröffnungsansprache, dass die niederländischen Arbeiter nicht bereit seien, die Kosten einer jahrelanger kapitalistischen Misswirtschaft durch eine aufgezwungene Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zu tragen. Namens des niederländischen Gewerkschaftsbundes erklärte van de Valle, dass die Arbeitslosigkeit in Niederland nun erst in ihrer ganzen Schwere beginnen würde. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit lägen teilweise auch in dem Boykott europäischer Waren durch fast alle asiatischen Völker, insgesamt also durch die halbe Menschheit, die sich den entsetzlichen Ausbeutungsmethoden des europäischen Kapitalismus zu entziehen trachte. Die Gesamtzahl der durch die Arbeitslosigkeit betroffenen Bevölkerung in Niederland betrage schon heute vermutlich mehr als 500 000. Dabei stände man vor einem Winter, der schlimmer sein würde als die Kriegsjahre.

Eine von dem Referenten vorgeschlagene Entschliessung, die eine grosszügige Arbeitslosenfürsorge fordert, wurde einstimmig angenommen.

SPD. München, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Im Mittelpunkt der Beratungen, die der Vorstand des Deutschen Städtetages am Sonnabend in München abhielt, stand die Beseitigung des 800 Millionen-Defizits, das nach Prüfung durch die Reichsregierung in den Haushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände im laufenden Rechnungsjahr tatsächlich vorhanden ist.

Durch die eigenen Sparmassnahmen der Kommunen wird es gelingen, den Fehlbetrag um 325 Millionen zu verringern, ohne die Grundlage völlig preiszugeben, auf der der gemeindlichen Selbstverwaltung allein noch die Erfüllung der sozialen und kulturellen Aufgaben möglich ist. Dass nach Durchführung des aufgestellten Sparprogramms die Grenze des Möglichen erreicht ist, haben inzwischen die Länderregierungen von Preussen, Bayern und Sachsen als kommunale Aufsichtsbehörden der Reichsregierung offiziell wissen lassen. Daraufhin erklärte sich die Reichsregierung bereit, sich zunächst mit einem Aufwand von 230 Millionen Mark an der Beseitigung des noch verbleibenden Fehlbetrages von 475 Millionen zu beteiligen, wobei aber die 60 Millionen eingerechnet werden, die das Reich schon im Juni den Gemeinden gegeben hat. Die Leistung eines Reichszuschusses ist in der Notverordnung sichergestellt, die am kommenden Dienstag erlassen wird. Es fehlen also dann noch immer 305 Millionen, die für die Ernährung der Wohlfahrts-Erwerbslosen in den kommenden Wintermonaten unbedingt notwendig sind. Die Berechnungen des Deutschen Städtetages über die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen haben sich bisher als richtig erwiesen. Es sind heute 1,22 Millionen. Bis zum Februar dürfte der Höchststand mit 1,6 Millionen erreicht werden.

Erfreulicherweise hat sich das Reich jetzt auf den Standpunkt gestellt, dass die Gemeinden auf diesem Defizit nicht sitzen bleiben dürfen, weil die Arbeitslosen unter allen Umständen versorgt werden müssen. Das Reich hat deshalb eine nochmalige Beteiligung an den Erwerbslosenposten in nicht allzu fer-

ner Zeit in Aussicht gestellt. Das Bestreben des Deutschen Städtetages geht nun auf eine Vereinheitlichung der Krisen- und der Wohlfahrtsfürsorge hinaus, weil auf diesem Wege weitere Einsparungen möglich sind; denn die Erfahrung hat gezeigt, dass von den aus der Krisenfürsorge Entlassenen in allen Gemeinden etwa 10 bis 30 Prozent bei der Wohlfahrtsfürsorge überhaupt nicht erscheinen. Durch eine Vereinheitlichung würde auch die Verschiedenheit der Lohngruppen in der Krisenfürsorge beseitigt und eine bessere Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung ermöglicht. Der Städtetag rechnet damit, dass durch die Notverordnung am Dienstag die gleichen materiellen Grundsätze für beide Unterstützungsgruppe in Kraft gesetzt werden.

SPD. Eisleben, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Verwaltung der Mansfeld AG. hat am Sonnabend bei den zuständigen Regierungsstellen die Stillegung der Kupferbetriebe zum 15.Oktober angezeigt. Die Verwaltung macht gleichzeitig bekannt, dass vom 3.Oktober ab zwei Feierschichten verfahren werden sollen. Sollte es tatsächlich zu einer Stillegung des Mansfelder Kupferbergbaues kommen, so würden davon etwa 15 000 Arbeiter betroffen werden.

SPD. Breslau, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Bezirksvorstand Mittelschlesien der Sozialdemokratischen Partei hat am Sonnabend die Massnahmen, die von den Bezirkssekretären Lehmann und Betthorst in den letzten Tagen gegen die Breslauer Opposition durchgeführt wurden, gebilligt. Auch dem Ausschluss von Eckstein und Ziegler gab der Bezirksvorstand seine Zustimmung.

Am Sonntag findet in Breslau eine Bezirkskonferenz der Sozialdemokratie für den gesamten Bezirk Mittelschlesien statt.

SPD. Paris, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Reise des englischen Aussenministers Lord Reading nach Paris wird amtlich bestätigt. Offiziös wird der Pariser Besuch damit erklärt, dass Lord Reading nicht an der Völkerbundstagung teilgenommen hat und daher noch keine Fühlung mit der französischen Regierung nehmen konnte. Beide Regierungen seien deshalb der Ansicht, dass nach der Berliner Reise der französischen Minister und vor der Abreise Lavals nach Washington ein französisch-englischer Meinungsaustausch notwendig sei.

Zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung werden zurzeit Verhandlungen über das Programm der Reise Lavals nach Washington geführt. Der Ministerpräsident dürfte nur zwei bis drei Tage in Washington bleiben und im Anschluss daran einige amerikanische Städte besuchen, die Einladungen an ihn gerichtet haben. Laval wird spätestens am 8.November nach Paris zurückkehren.

SPD. Madrid, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die spanische Regierung stellte zur Unterstützung der Arbeitslosen einen weiteren Betrag von 10 Millionen Peseten (RM 8 100 000) zur Verfügung. Ausserdem bewilligte sie zur besseren Verpflegung der Soldaten eine Summe von 2½ Millionen Peseten (RM 2 025 000.-).

Die Nationalversammlung lehnte die Gewährung des Rechtes der gewerkschaftlichen Organisation für die Beamten ab.

SPD. Der Vorsitzende der Nazi-Fraktion des Reichstags gewährte einem Nazi-Reporter ein Interview über die Forderungen der Nazis für den Fall einer Beteiligung an der Regierung. Aus dem Frage- und Antwortspiel erfährt man, dass die Nazis ihre eventuelle Beteiligung an der Reichsregierung von der sofortigen Auflösung des Reichs- und preussischen Landtags abhängig machen wollen. Das ist vorerst alles!

Mehr als das dürfte die Einleitung interessieren, mit der der Nazi-Reporter das Interview versieht. Da heisst es wörtlich :

"Still und tot liegt der Reichstag da. Nur einige Cerberusse bewachen die geheiligten Hallen. Einzig in den Zimmern der Nationalsozialisten herrscht Betrieb. Im Fraktionsbüro häufen sich die Akten zu Bergen und werden von fleissigen Händen bearbeitet. Im Vorstandszimmer sitzt der Fraktionsführer Dr. Frick, vertieft in die Vorbereitung der neuen Tagung. Der Fraktionssekretär hält ihm Vortrag, eine unglaublich dicke Aktenmappe unter dem Arm. Der Laie ahnt nicht, wieviel Arbeit bei so einer Reichstagsfraktion zusammenläuft. Es kommt nur darauf an, ob die Abgeordneten wirklich gewillt sind, zu arbeiten. Die Nationalsozialisten lassen es daran nicht fehlen. Ich wage es kaum, störend diesen Fleiss zu unterbrechen, aber ich werde mit der von Dr. Frick berühmten Liebenswürdigkeit empfangen. "Nur, bitte, machen Sie es so kurz wie möglich." Ich beeile mich denn auch, mit meinen Fragen loszuschiessen."

Diese harmlose Nazi-Seele. Gewiss gibt es im Reichstag Arbeit in Hülle und Fülle und es ist kein Zweifel, dass es bei den Abgeordneten schliesslich nur darauf ankommt, "ob sie wirklich gewillt sind zu arbeiten". Aber diesen Willen haben die Nazis schon seit Monaten nicht. Statt zu arbeiten haben sie gestreikt und die Diäten sozusagen als Faulenzerprämie bezogen.

SPD. Paris, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Tatsache, dass auch Frankreich allmählich von der Weltwirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wird, kommt u.a. in einer bedeutenden Zunahme der Konkurse zum Ausdruck. Während sich im Jahre 1929 die monatliche Durchschnittszahl der Konkurse auf 726 und im Jahre 1930 auf 748 belief, ergibt sich für die ersten neun Monate des laufenden Jahres bereits ein monatlicher Durchschnitt von 869 Konkursen.

SPD. Wien, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

In dem Prozess wegen des Attentats auf den albanischen König wurden am Sonnabend von dem Schwurgericht in Ried der Angeklagte Gjeloshi wegen Mordes zu sieben Jahren, der Angeklagte Cami wegen Mitschuld am Mord und schwerer Körperverletzung zu drei Jahren Kerker verurteilt.

SPD. Paris, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der holländische Frachtdampfer "Johanna" ist in der Nacht zum Sonnabend im dichten Nebel bei der Insel Sein auf der Höhe von Brest auf einen Felsen aufgefahren und gesunken. Nur das Heck und die Kommandobrücke des Schiffes ragen noch aus dem Wasser heraus. Die aus 25 Mann bestehende Besatzung wurde von einem Motorboot der Insel Sein gerettet.

SPD. Die Reedereiunternehmungen des Hamburger Hafens haben in letzter Zeit eine neue Heuerabbaubewegung in Gang gebracht, die für die Seeleute aller Sparten rigorose Verschlechterungen durchsetzen soll. Es ist bereits ein Schiedsspruch gefällt worden, der zwar bei weitem nicht den Unternehmerforderungen Rechnung trug, der aber doch bei den Seeleuten grosse Erbitterung ausgelöst hat. Noch ehe die Gewerkschaften zu dem Spruch Stellung nahmen, haben die Kommunisten diese Misstimmung zu einem wilden Streik auf den Schiffen ausgenutzt. So legten auf dem Dampfer "Bochum", der am Freitag abend auslaufen sollte, 17 Heizer unter dem Druck der kommunistischen Agitatoren die Arbeit nieder, sodass das Schiff nicht auslaufen konnte. Die Mehrheit der Seeleute ist den kommunistischen Parolen jedoch nicht gefolgt, sodass der Betrieb im Hafen und auf den Schiffen ordnungsmässig aufrecht erhalten werden konnte. Es gelang den KPD-Leuten lediglich, das Vermittlungsgeschäft in den Heuerstellen zu stören. Von den 17 Heizern des Dampfers "Bochum" haben sich 14 inzwischen wieder zur Arbeit gemeldet. Ob es zu einem Streik der Seeleute kommt, wird erst in der nächsten Woche durch die Gewerkschaftsvertreter entschieden.

SPD. Rom, 3.Oktober (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend-Abend gegen 8½ Uhr wurden über Rom von einem Flugzeug aus antifaschistische Flugzettel in Massen abgeworfen. Die Flugzettel enthalten einen dringenden Appell an den König, das Volk vom Faschismus zu befreien. Die Polizei schritt sofort zur Beschlagnahme der Zettel. Obwohl die Verfolgung des Flugzeugs sofort aufgenommen wurde, konnte es in der Dunkelheit entkommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Der Brand Chikagos.

60jähriges "Jubiläum" der grössten Brandkatastrophe der Welt am 8.Oktober 1871
Der Untergang einer hölzernen Grosstadt.

SPD. Eine der grössten Katastrophen,die im vergangenen Jahrhundert die Menschheit heimsuchten, ist der Riesenbrand von Chikago, jene jetzt genau 60 Jahre zurückliegende Feuersbrunst,die in knapp 48 Stunden eine emporwachsende junge Grosstadt in Schutt und Asche legte und 500 Menschenleben ein Opfer der Flammen werden liess. Aber wenn auch bei allen grossen Katastrophen,die die Geschichte der Menschheit aufzeichnete, Leichtsinn und Fahrlässigkeit eine Rolle spielten,so wirkt es geradezu erschütternd,wenn man bedenkt,dass hie Unachtsamkeit und Gedankenlosigkeit eines Kindes die Ursache dieses entsetz= lichen Unglücks wurden. Freilich, und bei welcher Katastrophe wäre dies nicht geschehen, mussten sich noch eine Menge anderer Zufälle und Umstände mitein= ander verknüpfen,ehe die entfesselte Gewalt des Feuers eine grosse Stadt dem Erdboden gleichmachen konnte.

Man schrieb den 8.Oktober des ereignisreichen Jahres 1871.Eine grosse, schreckliche Dürre lag seit Wochen über Chikago. Die heutige Millionenstadt war schon damals eine Stadt mit über 300 ooo Einwohnern. Mit ihren vielen Fa= briken, Handelshäusern und Speichern bildete sie den Mittelpunkt des Getrei= dehandels der nördlichen Staaten, ausserdem das Zentrum der amerikanischen Konservenindustrie. Kurz, es war eine Grosstadt,aber nicht aus Beton und Stahl es war eine Grosstadt aus - - Holz. Nicht nur die meisten Häuser,sogar die Strasse bestanden aus Holz.- Aus Holz,das die grosse Hitze förmlich ausdörrte.

Der 8.Oktober war ein Sonntag; abends ging ein Knabe in einem Hause der Taylorstrasse im Südwesten der Stadt in den Stall um,wie alle andern Abende, Kühe zu melken. Ohne an die Gefahr zu denken,hatte er die Petroleumlampe auf einen Bund Streu gestellt. Während des Melkens aber warf eine Kuh die Lampe um. Ein einziger Augenblick - und das Stroh, ja der ganze Stall standen in Flammen. Eine mächtige Stichflamme durchschlug das Dach und erreichte auch schon das Nachbarhaus. Wäre jetzt eine einzige Feuerspritze zur Stelle gewesen oder hätten auch nur ein paar beherzte Männer in der Nähe geweilt - man würde einige Häuser niedergerissen haben und die Stadt wäre vom Unglück verschont geblieben. Aber unglücklicherweise fehlten solche entschlossenen Männer, und die Feuerwehren der Stadt,die erst am Vortage alarmiert worden waren und die ganze Nacht hindurch ein grosses Schadenfeuer in der Jacksonstrasse bekämpft hatten, erschienen erst mit ihren Spritzen in dem Augenblick,als das Feuer schon mit reissender Gewalt auf die Nachbarhäuser übergesprungen war. Ein starker Nordostwind schürte die Flammen,die dürren Holzbauten begannen sich förmlich von selber zu entzünden. Eine Viertelstunde später loderte schon der ganze Strassenzug in hellen Flammen. Die Feuerwehr schien machtlos. Aber noch ahnte kein Mensch in Chikago die Grösse der kommenden Katastrophe.

In der neunten Stunde war das Feuer ausgebrochen. Der Wind nahm an Stärke zu. Gegen 11 Uhr brannten schon 6 Häuserblocks, darunter Lagerhäuser mit Korn und Fabrikanlagen. Ein riesiges Flammenmeer, aus dem die Todesschreie der über raschten Menschen ertönten, beleuchtete gespenstisch den fahlen Nachthimmel. Um Mitternacht war die Lohe schon zum Hafen herangekommen, eine riesige Rauch= wolke schob sie vorsich her. Man hatte gehofft,dass der Fluss den Brand auf= halten würde. Vergeblich! Mit Windeseile stürzte sich das Feuer auf eine hölze ne Brücke, sprang auf die Schiffe über, erreichte in wenigen Minuten die gros=

sen Speicheranlagen am andern Ufer und setzte das ganze Geschäftsviertel in Flammen.

Bisher hatte man mit dem Aufgebot aller Kräfte den Kampf mit dem wütenden Element aufgenommen, aber als Mitternacht vorbei war, mussten zehntausend Menschen, die verzweifelt mit Feuerspritzen und Eimern arbeiteten, einsehen, dass ein Löschversuch aussichtslos war. Immer tiefer trug der Nachtwind das knisternde und knatternde glutige Meer in das Innere der Stadt. Um drei Uhr morgens war das Zentrum erreicht: alle Hotels, die grossen Zeitungspaläste, die Oper, das Stadthaus, an die hundert Häuserblocks standen in Flammen. In den Bibliotheken und Museen gingen unermessliche Werte verloren. Taghell glänzte der Himmel.

Als in den frühen Morgenstunden der Wind in Sturm überging, erkannten die Hunderttausend, die das Feuer aus der Stadt herausgetrieben hatte, dass Chikago dem Untergang geweiht war. Eine ungeheure Panik setzte ein. Zehntausende zogen in endlosen Scharen aus den brennenden Stadtvierteln, auf Wagen und Karren ihre gerettete Habe mit sich führend. Unglaubliche Szenen ereigneten sich. Jeder wollte retten, was es noch in der Eile zu retten gab. Die Menschen schlugen sich um Pferd und Wagen. Frauen und Kinder wurden niedergetreten. Plündernde Horden durchzogen raubend die Strassen.

Erst am zweiten Tage liess die Gewalt des Feuers nach, am Rande der Stadt erloschen endlich die Flammen.- Man konnte nun erst die furchtbare Grösse des Unglücks erkennen. Von Chikago war eine rauchende, schwelende Ruine übriggeblieben: 40 000 Häuser, alle Bahnhöfe, alle Kirchen, die Banken und Aemter, die Theater, Fabriken und Speicher existierten nicht mehr. Gierige Flammen hatten das Glück und den Wohlstand einer ganzen Stadt zerstört. Auf einer Fläche von 20 000 Morgen lagerte eine schwarze Rauchwolke, 500 Menschen waren in den brennenden Häusern oder auf der Flucht eines furchtbaren Todes gestorben. Hunderttausende lagerten obdachlos im Freien, gepeinigt von Hunger und Durst. Tage vergingen, ehe man aus den Städten der Umgebung die notwendigen Mittel zu ihrer Versorgung herbeischaffen konnte.

Aber mit Energie und Zähigkeit setzten doch bald die Rettungsarbeiten ein und in kaum 14 Tagen konnte die Stadt wieder ihre Bewohner aufnehmen. An Stelle der Strassenzüge standen bald Baracken, vielfach notdürftig aus den Ueberresten der verbrannten Häuser zusammengebaut. Die Bahnhöfe wurden provisorisch wieder in Betrieb genommen, die Post richtete sich in einer Holzhütte ein, Handel und Verkehr kamen langsam wieder in Gang. Als einige Wochen später die erste Schule wieder eröffnet werden konnte, schrieb die "Chicago Tribune": "Unsere Stadt wird wieder erstehen.... grösser und schöner, als sie bisher gewesen und so, dass sie von keinem Feuer mehr vernichtet werden kann....." und die Zukunft gab dieser Prophezeiung recht, denn an Stelle der alten Grosstadt aus Holz, die eine umgestürzte Petroleumlampe zerstören konnte, erhebt sich heute die moderne Riesenstadt, deren Stahlhäuser der Macht des Feuers spotten.

P.

\+ + +

Schule und Sozialismus. Im weiteren Verlauf der Berliner Tagung des "Bundes entschiedener Schulreformer" sprach Fritz Helling über "Kulturinhalte und Kulturformen im Spannungsfeld der politischen Parteien". Das "alte Spannungsfeld" der konservativen Welt führe in seinen heutigen Forderungen nach Autarkie- und kirchlich-religiöser Erziehung zum Abbau aller modernen Entwicklung und zur Ablösung der bürgerlichen Gesellschaft durch ein neues Mittelalter. In dem neuen politisch-philosophischen Spannungsfeld der Gegenwart würden sich als Gegner die faschistische und die sozialistische Welt, jede mit eigenen Forderungen, gegenüberstehen. Die von den entschiedenen Schulreformern geforderte Erziehung arbeite eindeutig auf die Erfüllung der entsprechenden sozialistischen Forderungen hin.- Der nächste Redner, der Oesterreicher Tesar, betonte, dass er diese Erziehung zum Sozialismus auf eine Weise durchgeführt

sehen möchte, die von menschlicher Einsicht und Verantwortlichkeit, von helfen= der Lebensweisheit und Lebenserfahrung diktiert sei. Wie weit wir freilich von diesem Idealzustand heute noch entfernt sind, unterstrich, mit besonderem Hinweis auf die gegenwärtige Situation in Thüringen und Braunschweig, Joseph Rudolf in einem weiteren Referat über "Staat, Weltanschauung und Erziehung"; eine durch Kirche und Nationalismus beeinflusste und beengte Schule zeige "den Weg zurück zum Untertan". Auch Richard Meschkat bewies in seinem Refe= rat über "Schule und Klassenkampf", wie weitgehend die im Faschismus, Nationalis mus und Klerikalismus verkörperte Reaktion die Ausnutzung der Schule in der Erziehung als Herrschaftsmittel zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesell= schaftlichen Ordnung erstrebe. Die Vorbereitung der Gründung der sozialisti= schen Gesellschaft verlange nicht die Ueberwindung der Klassengegensätze durch Aufholung des bürgerlichen Bildungsvorsprungs, sondern die möglichst weit= gehende Einführung der von den entschiedenen Schulreformern geforderten Pro= duktionsschule. Diese wirkliche Volks=Schule erwecke die sittlichen Kräfte der Hingabe an das als höhere Aufgabe erkannte Werk für die Gemeinschaft.= Auch in einer grossen öffentlichen Abendkundgebung waren die "Entschiedenen Schulreformer" für ihre Erziehungsidee.

\+ + +

Carl Nielsen+. In Kopenhagen verstarb im Alter von 66 Jahren der dänische Komponist Carl Nielsen, Schöpfer zahlreicher Opern, Kammermusikwerke und Kla= vierstücke, deren volkstümliche Melodien und einfache Natürlichkeit den Kom= ponisten in Skandinavien sehr populär machte. Nielsen war Mitglied des Preus= sischen Akademie der Künste.

\+ + +

Typhusepidemie in Moskau. In Moskau ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Es ereigneten sich zahlreiche Todesfälle. Ein Teil der Schulen mussten schlies= sen.

\+ + +

Wallace als Prediger. Edgar Wallace, der in Kürze für einige Zeit von Eng= lang nach Hollywood übersiedeln wird, um dort eine Reihe von Filmmanuskripten fertigzustellen, will vor seiner Abreise in der Kirche von Fleetwood (Lancashi= re) predigen. Der Pfarrer von Fleetwood hatte sich nämlich darüber beklagt, dass die Leute lieber ein Buch von Wallace lässen, als zum Beten in die Kirche zu kommen. Wallace erwiderte, dass die Schuld an diesem Zustand der Pfarrer trüge: er predige eben nicht fesselnd genug. Wäre dies der Fall, so würdendie Leute von Fleetwood ebenso begeisterte Kirchgänger wie Wallaceleser sein. Wallace wurde aufgefordert, seine Behauptung zu beweisen; er ist bereit und wählte das Thema "Das grosse Tabu".

\+ + +

Kreuzotter in der Hosentasche. Ein merkwürdiges Unglück traf einen Bauern aus Livorno (Italien). Er hatte sich nach der Arbeit im Schatten eines Baumes hingelegt und war eingeschlafen. Plötzlich spürte er an der rechten Hüfte einen Stich: während des Schlafes hatte sich eine Kreuzotter in seine Hosentasche verkrochen und ihn gebissen. Der Bauer wurde sofort ins Spital gebracht; er konnte gerettet werden.

\+ + +

Das Ende eines Saufgelages. In New York wurde ein 20jähriges Mädchen in seiner Wohnung im entkleideten Zustand erdrosselt aufgefunden. Ein tolles Sauf= gelage mit Freunden war der Tragödie vorausgegangen. Die Beteiligten wurden verhaftet.

Krise der Zahlungsbilanzen.

Von Georg Decker-Berlin.

SPD. Wenn in den letzten Jahren das Gold ständig nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika (U.S.A.) und nach Frankreich floss, kann man daraus nur die Folgerung ziehen, dass einige Länder ihre passive Zahlungsbilanz nicht anders als durch Abgabe von Gold ausgleichen konnten.

Wenn wir die amerikanische Zahlungsbilanz für 1927 betrachten, so sehen wir, dass die U.S.A. in diesem Jahre insgesamt das Gold für 154 Millionen Doll (rund 650 Millionen Mark) abgegeben haben. Es wurde zwar nur für 6 Millionen Doll. Gold mehr ausgeführt als eingeführt. Der grössere Teil des von den U.S. verkauften Goldes blieb liegen, wo er war, also in den amerikanischen Kellern, aber als Eigentum anderer Länder. 1928 haben die U.S.A. wiederum für 272 Mill. Doll. (rund 1150 Mill.Mark) abgegeben und haben darüber hinaus einen Teil des früher verkauften Goldes ausgeführt, so dass die Goldausfuhr um 392 Mill.Doll. (1570 Mill.Mark) grösser als die Goldeinfuhr war. In diesem Jahre setzte aber schon ein Umschwung ein. In den ersten sieben Monaten (Januar bis Juli) betrug der Ausfuhrüberschuss des Goldes 436 Mill.Doll., während in den letzten fünf Monaten schon ein Einfuhrüberschuss von 44 Mill.Doll. da war. Seitdem hat Goldstrom seine Richtung scharf geändert: das Gold floss in grossen Mengen den U.S.A. zu. 1929 betrug schon der Einfuhrüberschuss des Goldes nach den U.S.A. 175 Mill.Doll. (735 Mill.Mark) und 1930: 280 Mill.Doll. (1180 Mill. Mark).

Es fragt sich nun, wodurch dieser Umschwung zu erklären ist. Um die Antwort zu finden, brauchen wir nicht alle einzelnen Zahlungen von Amerika und nach Amerika zu prüfen, sondern nur diejenigen, die sich wesentlich geändert haben. So war z.B. die amerikanische Handelsbilanz 1929 und 1930 stark aktiv, aber nicht stärker als 1928. Amerika hat mehr Waren verkauft als gekauft. Dieser Ausfuhrüberschuss, der bei einigen andern Ländern als Einfuhrüberschuss in Erscheinung trat, wurde aber 1928 mehr als ausgeglichen, so dass Amerika 1928 noch Gold abgeben musste. Ganz anders war es mit dem Kapitalstrom. 1928 hat Amerika sehr viele Anleihen und kurzfristige Kredite gegeben, sodass, wenn man die Kapitalbewegung von Amerika mit der nach Amerika vergleicht, die reine lang- und kurzfristige Kapitalausfuhr aus den U.S.A. 1928 schätzungsweise rund 900 Mill.Doll. betrug, dagegen 1929 nur etwa 300 Mill.Doll. und 1930 etwa 700 Mill.Doll. Der Umschwung bestand darin, dass weniger amerikanisches Kapital im Auslande und mehr ausländisches Kapital in Amerika angelegt wurde. Deshalb ging einigen Ländern die Möglichkeit verloren, ihre Zahlungsbilanzen durch amerikanische Anleihen auszugleichen, und sie mussten ihr Gold nach Amerika schicken.

Der hier geschilderte Umschwung fand während des stürmischen Aufschwungs der amerikanischen Wirtschaft statt. Es schien viel verlockender, das Geld in Amerika selbst anzulegen (investieren), als es nach dem Ausland zu schicken, zumal man in Amerika glaubte, dass der wirtschaftliche Aufschwung zur Hausse kein Ende finden kann, während die Lage im Ausland nicht als sicher angesehen wurde. Gleichzeitig entwickelte sich die wildeste Spekulation. Durch die Möglichkeit grosser Börsengewinne wurde auch das Geld vom Ausland nach Amerika angezogen. Es geschah also genau das Gegenteil dessen, was notwendig war, um verschiedenen Ländern die Bezahlung der amerikanischen Waren und der Zinsen

für früher abgeschlossene Anleihen zu ermöglichen, und diese Länder mussten zum letzten Ausgleichsmittel, nämlich zum Verkauf des Goldes greifen. Nachdem die Krise ausgebrochen war, wurde 1930 aus Amerika zwar wiederum mehr Kapital ausgeführt; es entstand aber allmählich eine ganz allgemeine Angst vor irgendwelcher Festlegung des Geldes. Zugleich entstanden bei vielen Ländern neue Schwierigkeiten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Bekanntlich setzte die Weltkrise mit dem Preissturz für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse ein. Die Länder, die auf die Ausfuhr dieser Waren in starkem Masse angewiesen sind, haben dadurch eine katastrophale Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanzen erlitten, so z.B. Argentinien (Weizen), Australien (Wolle), Brasilien (Kaffee), Japan (Rohseide), und die Folge war der Goldabfluss aus diesen Ländern. So hat Argentinien vom Ende des Jahres 1928 bis Januar 1931 das Gold für 890 Mill.Mark verloren, Australien vom September 1929 bis Ende 1930 für 185 Mill.Mark, Brasilien hat vom November 1929 bis Januar 1931 sein ganzes Geld, nämlich 640 Mill.Mark, verloren und Japan seit Ende 1929 bis Ende 1930 550 Mill.Mark. Aehnlich war die Entwicklung auch in einigen Ländern von geringerer Bedeutung für den Weltverkehr (Mexiko, Kolumbien, Bolivien usw.)

Für die starke Aktivität der amerikanischen Zahlungsbilanz war noch bis zum Juli 1931 von Bedeutung, dass ein grosser Teil der Reparationen auf dem Wege über die interalliierten Schulden nach Amerika floss. Dasselbe galt auch für Frankreich. Frankreich hat zwar eine passive Handelsbilanz, bekommt aber auch sehr viel vom Ausland in der Form der Ausgaben der ausländischen Reisenden Wenn ein gewisser Fehlbetrag nach der Abrechnung des Warenhandels und verschiedener Leistungen (Schiffahrt, Versicherung, Touristenausgaben) übrigblieb, so wurde er mehr als ausgeglichen durch die Bezahlung der Zinsen für das im Ausland angelegte französische Kapital und durch die Reparationen. Die französischen Sparer haben eine starke Abneigung gegen die Anlage ihres Geldes. Die Folge war, dass der Ueberschuss an Zahlungen nach Frankreich in Form von Gold geleistet wurde. Seit Ende 1929 bis Januar 1931 haben die Goldvorräte in Frankreich um 3,9 Milliarden Mark zugenommen. Wohl haben die französischen Banken kurzfristigen Kredit gegeben, bei jeder politischen Beunruhigung trugen sie aber der Nervosität ihrer Einleger Rechnung und verlangten einen Teil dieser Kredite zurück. Auf diese Weise ist allmählich eine vollkommene Unsicherheit entstanden. Nach den deutschen Wahlen am 14.September 1930 verbreitete sich die Nervosität der Geldgeber weit über Deutschland. In jener Zeit wurde die Krise der Zahlungsbilanzen auch für viele europäische Länder akut.

SPD.Nach Berechnungen des Department of Commerce in Washington, des Handelsamtes der Vereinigten Staaten, betragen die gegenwärtigen Auslandskapitalanlagen der Amerikaner rund 15 Milliarden Dollar oder 63 Milliarden Mark. Die Zusammenstellung ist ausserordentlich vorsichtig gemacht worden. Schon vor mehr als einem Jahr wurde von gut unterrichteter privater Seite die Gesamtsumme der erfassbaren Auslandsanlagen auf über 16 Milliarden Dollar geschätzt. Die Zahlen nennen im übrigen nur einen Teil der von Amerika im Ausland angelegten Summen: die langfristigen Anleihen, die von amerikanischen Banken gewährt wurden, sowie die unmittelbaren Kapitalbeteiligungen und Besitzungen amerikanischer Firmen im Ausland. Weder die grossen langfristigen Darlehen der amerikanischen Regierung noch die umfangreichen kurzfristigen Ausleihungen der amerikanischen Banken sind in ihnen enthalten; in beiden Fällen handelt es sich um Milliardenbeträge, die noch hinzugerechnet werden müssten. Es ergibt sich alsdann eine Gesamtsumme amerikanischer Auslandsinvestierungen von weit über 100 Milliarden Mark.

Die Hauptländer, in denen die Amerikaner ihre Kapitalien angelegt haben, sind Kanada, Deutschland, Cuba und Argentinien. Die grossen Finanzschwierigkeiten Deutschlands und auch Argentiniens haben die amerikanischen Kapital-

geber erklärlicherweise stark beunruhigt. Eine unmittelbare Folge dieser Besorgnisse um die Sicherheit der Anlagen in Deutschland - sie betragen etwa 1 1/2 Milliarden Dollar das sind über 6,3 Milliarden Mark - war entsprechend der Initiative des amerikanischen Präsidenten Hoover die Aufschiebung aller Reparations- und Kriegsschuldenzahlung um ein Jahr. Der gewaltige Umfang der amerikanischen Auslandsanlagen macht weitere Bemühungen der Amerikaner um eine Besserung der internationalen Finanzlage wahrscheinlich.

SPD. Der Verband sächsischer Industrieller wendet sich mit einer Kundgebung an die Oeffentlichkeit, die sich gegen Bestrebungen der Schweiz richtet, die Schuhzölle zu erhöhen. In der Schweiz ist seit langem eine Bewegung im Gange, den Import fremder Waren zu drosseln. Davon würden in jedem Falle besonders deutsche Waren betroffen. Nach der Kundgebung der sächsischen Industriellen gehen von der deutschen Lederschuhausfuhr 15 bis 20 Prozent nach der Schweiz. Wenn es den Interessenten in der Schweiz gelingt, die Zollpositionen, die allerdings im Handelsvertrag mit Deutschland gebunden sind, zu verdoppeln, wie das beabsichtigt ist, dann wäre die Schuhausfuhr nach der Schweiz unterbunden. Für die deutsche Industrie würde das vermehrte Einschränkung und vermehrte Arbeitslosigkeit bedeuten.

Wir wissen den Alarmruf der sächsischen Industriellen zu würdigen und sehen tatsächlich in den schweizerischen Bestrebungen, die leider auch Nachahmung in anderen Ländern finden, eine grosse Gefahr für den deutschen Warenexport. Um so unerträglicher ist es für uns, dass man sich in Deutschland daran gewöhnt hat, mit handelspolitischen Dingen äusserst leichtfertig umzugehen. Nach Eintritt der englischen Katastrophe scheint es so, als wenn wir in der ganzen Welt fürs erste mit einer weiteren Steigerung des Zollprotektionismus rechnen müssen. Dagegen hilft auch die Kundgebung der sächsischen Industriellen nichts. Wir müssen den Tatsachen einmal ins Auge sehen. In diesem Zusammenhang ist recht interessant, was die Kundgebung der sächsischen Industriellen über den deutschen Schuhverbrauch sagt. Der deutsche Schuhverbrauch ist, nach der Kundgebung, in der Zeit von 1927 bis 1930 um 20 Prozent zurückgegangen. Das sind die Auswirkungen der Lohndrosselungen. Die deutsche Schuhindustrie hat es nun fertig gebracht, einigermassen Ersatz durch den Export zu finden. Dieser mühsam erkämpfte Ausgleich steht aber jetzt auf dem Spiel und man wird sich damit abfinden müssen, dass er verloren geht.

Ersatz kann also nur im Binnenlande selbst gefunden werden. Verlieren wir zum Beispiel in der Schweiz 15 bis 20 Prozent der deutschen Lederschuhausfuhr, so müsste es ein Leichtes sein, diesen Verlust durch Steigerung des deutschen Verbrauchs um einige Prozent auszugleichen. Das berührt die grosse Notwendigkeit, den Innenmarkt mehr zu pflegen und nicht Exportillusionen nachzujagen. Durch Export kann die Wirtschaft nicht angekurbelt, kann der Ausfall am Binnenmarkt nicht ausgeglichen werden. Will man aber den Ausgleich durch vermehrten deutschen Export erzielen, was das Richtige ist, dann ist es aber die allerhöchste Zeit, dass man mit den Lohnkürzungen Schluss macht. Wenn man den Verbrauch steigern will, dann muss man schon höhere Löhne zugestehen.

SPD. Die Arbeitgeberverbände für die Metallindustrie haben den Lohn- und Manteltarif für Hannover und Braunschweig und die Tarifverträge für Hildesheim, Ahlfeld, Seesen und eine Anzahl anderer Orte in Hannover und Braunschweig gekündigt. Anscheinend wollen die Metallindustriellen zum Angriff auf der ganzen Linie übergehen.

Preissteigerungen von 2 - 3 Mark.

(Berliner Produktenbörse vom 3.Oktober.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Sonnabend wieder in recht fester Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich zum Schluss Preissteigerungen von 2 bis 3 Mark für beide Brotgetreidearten. In prompter Ware war das Angebot der Landwirtschaft ausserordentlich gering. Auch die zweite Hand hatte nur wenig Material offeriert. Dabei zeigte sich recht lebhaftes Kaufinteresse der Mühlen, die schlecht versorgt und um Weizen und Roggen allem Anschein nach teilweise direkt in Verlegenheit sind. Beide Brotgetreidearten konnten daher um etwa 2 Mark höhere Preise erzielen, jedoch reichte auch dazu das Angebot bei weitem nicht aus, um den Bedarf der Mühlen zu befriedigen. Für Weizenmehl, das noch zu unveränderten Preisen angeboten war, zeigte sich wenig Kaufinteresse. Roggenmehl wurde mehr verlangt und konnte etwas höhere Preise erzielen. Auch Hafer vermochte seinen Preisstand zu befestigen.

	2.Oktober	3.Oktober
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	213 - 216	214 - 217
Roggen	187 - 189	187 - 189
Braugerste	157 - 172	157 - 172
Futter- und Industriegerste	149 - 156	149 - 156
Hafer	135 - 143	137 - 145
Weizenmehl	26,75-32,00	27,00-32,00
Roggenmehl	26,25-28,75	26,50-29,00
Weizenkleie	10,40-10,60	10,30-10,50
Roggenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 229-230 (Vortag 227½), Dezember 234-234½ (231). Roggen Oktober 201-202 (199), Dezember 200-201 (199). Hafer Oktober 151 (149), Dezember 154-155½ (151 3/4).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 3.Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 118, II. 105, abfallende Sorten 91 Rm. Tendenz: sehr ruhig.

SPD. Aufgrund der guten Erfolge im Frühjahr 1931 wird in Berlin in der Zeit vom 17. bis 25.Oktober eine zweite Berliner Automesse veranstaltet. Hinter der Veranstaltung steht die Sektion Gross-Berlin und die Provinz Brandenburg des Reichsverbandes des Kraftfahrzeughandels und -Gewerbes.

SPD. Im Zusammenhang mit einer starken Kreditausweitung der tschechoslowakischen Nationalbank und einem namhaften Rückgang der Gold- und Devisenbestände ist die Deckung des Notenumlaufs auf 34,7 Prozent gesunken, während das Gesetz eine Deckung von 35 Prozent vorschreibt.